



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09-51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/120

1. Oktober 1948

Das brennendste Problem

Von Staatsminister Heinrich Alberts

Die Lage der Flüchtlinge in den deutschen Westzonen hat seit der Währungsreform eine erschreckende Zuspitzung erfahren. Zwei Tatsachen sind es, die jedem nüchternen Beobachter hinter der glänzenden Kulisse von vollen Schaufenstern und gut gedöckten Gasthaustischen nicht mehr entgehen können: Die akute Gefährdung von Hunderttausenden von Vertriebenen durch eine einseitige und damit unsoziale Währungsreform und der ständig wachsenden Zustrom neuer Flüchtlinge aus der russischen Zone. Beide Tatsachen haben die immer wieder erhobene Forderung auf eine Lösung des Flüchtlingsproblems als einer zentralen deutschen Aufgabe immer dringender werden lassen.

Es ist deshalb kein Zufall, daß der neugewählte Vorstand der SPD sich in seiner ersten Sitzung mehrere Stunden mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigt hat und daß als Ergebnis dieses Gesprächs eine klare und eindeutige Beauftragung der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat stand, ein zentrales Flüchtlingsamt mit Exekutivbefugnissen gegenüber den Ländern zu schaffen. Der Flüchtling draußen in seiner persönlichen Not wird sich fragen, ob ein solcher Beschluß denn nicht wieder eine neue organisatorische Maßnahme sei, nachdem auf allen Stufen der öffentlichen Verwaltung die staatliche Flüchtlingsbetreuung nur ganz geringe Erfolge hatte. Aber so sehr ich jedes Bedenken aus vielen bitteren Erfahrungen der letzten Jahre teile, so sehe ich hierin tatsächlich den einzig möglichen Ausweg. Gerade die unerfreulichen Erfahrungen der letzten Wochen mit dem Flüchtlingsausgleich zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben bewiesen, daß wirksame Maßnahmen zugunsten der Flüchtlinge nicht durchgeführt werden können, solange nicht alle westdeutschen Länder die Last der sozialen Not der Vertriebenen gleichmäßig tragen. Das föderalistische Prinzip hat sich in der schwersten Aufgabe der Deutschen, dem Flüchtlingsproblem, verheerend ausgewirkt. Solange die einzelnen Länder als gleichberechtigte Partner um einen Verhandlungstisch sitzen, werden die schwächsten und am meisten belasteten Länder regelmäßig unterliegen. Die furchtbare Notlage, die heute von Flensburg bis Göttingen, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen am deutlichsten in Erscheinung tritt, aber auch schon in Bayern bedenkliche Zeichen der Zuspitzung zeigt, ist

eigentlich keine Woche länger zu ertragen. Der Parteivorstand konnte sich darum auch nicht damit abfinden, daß im Kompetenzausschuß des Parlamentarischen Rates die Flüchtlingsfragen als Ganzes der Bundesebene, und damit der Zentralinstanz zugewiesen würde. Denn bis die Bundesregierung aktiv werden kann, sind die an der russischen Zonengrenze gelegenen Länder längst am Ende ihrer Kraft. Es wird sich also in den nächsten Tagen bereits beweisen müssen, ob der Wirtschaftsrat bereit ist, den dringenden Vorschlag der SPD-Fraktion zu folgen, und ob über alles Reden von der gemeinsamen deutschen Verpflichtung hinaus alle Fraktionen des Wirtschaftsrates die Forderung an die Zweimächte-Verwaltung richten werden, den Notstand durch eine sofortige Notstandsmaßnahme mit der Bildung einer mit klaren Kompetenzen ausgerüsteten Flüchtlingsinstanz zu begeben.

Selbstverständlich wird aber auch die gutwilligste und mit aller Vollmacht ausgerüstete Zentralinstanz auf dem Flüchtlingsgebiet ins Leere stoßen, wenn nicht die Vertriebenen selbst bewußt in den Kampf um die soziale Gerechtigkeit einzutreten bereit sind. Darum war mit der ersten Frage zwangsläufig verbunden die Diskussion um die Flüchtlingsorganisationen. Ich habe zu diesem Problem oft genug Stellung genommen und ich darf heute dankbar bekennen, daß die verantwortlichen Träger des demokratischen Sozialismus aus den Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterschaft sich mit allem Nachdruck hinter solche Flüchtlingsorganisationen zu stellen bereit sind, die die Selbsthilfe der Flüchtlinge in Kampf um ihr Recht ernst zu nehmen gewillt sind. In diesen Wochen ist in der britischen Zone durch eine neue Verordnung der Militärregierung das Koalitionsrecht der Flüchtlinge weitgehend freigegeben worden. In der amerikanischen Zone bestehen Flüchtlingsorganisationen seit längerer Zeit. Die SPD hat die Entwicklung dieser Organisationen in den letzten Monaten aufmerksam beobachtet. Sie kennt die Gefahren, die sich dadurch ergeben, daß in diesen Organisationen eine politische Irredente wachsen kann, die im Gestern und Übermorgen lebt und durch eine falsche Hoffnung auf baldige Rückkehr in die Ostgebiete den Vertriebenen von seinem eigentlichen Kampf um das Lebensrecht im Westen ablenkt. Sie hat gegen solche negative Erscheinungen immer wieder ihre warnende Stimme erhoben und tut dies auch heute mit besonderem Nachdruck. Politischer Mißbrauch, persönlicher Profit und eine maßlose Zersplitterung der Flüchtlinge deuten sich an vielen Stellen an. Wir werden alles versuchen müssen, um zu verhindern, daß diese Vertriebenenorganisationen ein Vorfeld eines neuen deutschen Nationalismus werden, umso mehr als wir den echten politischen Anspruch auf die deutschen Ostprovinzen als deutsche Sozialdemokraten niemals aufgeben werden. Der Weg der Flüchtlingsorganisationen muß also diesen Gefahren gegenüber abgegrenzt werden. Umso wichtiger ist es, daß zu allen positiven Ansätzen der Selbsthilfe im deutschen Westen für den Vertriebenen und entrechteten Menschen die SPD sich nun auch ausdrücklich durch ihren Vorstand bekannt hat.

Gerade dort, wo heute die vorderste Front der Flüchtlingsnot in Deutschland läuft, in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen, in Bayern, wird sich ein Sozialismus bewähren müssen, der sich eindeutig auf die Seite der Schwächsten stellt und der genau dort anfängt, wo die eigene Bequemlichkeit und Sicherheit aufhört. Der eigentliche Kampf um die neue soziale Ordnung steht uns mit der Durchsetzung eines wirklichen Lastenausgleiches ja noch bevor. Alles, was wir bisher erlebt haben, waren Vorhutgefechte. Hier die Masse der Vertriebenen zum Träger des Kampfes um die neue Ordnung zu machen, ist die wichtigste politische Aufgabe, die sich der Sozialismus in Deutschland zu stellen hat. Es ist sicher, daß das nicht durch Parteivorstandsbeschlüsse geschehen kann. Auch die Erfahrungen haben wir in den letzten Monaten oft genug gemacht, daß das Versagen eines einzigen-sozialistischen Funktionärs an irgend einer öffentlichen Stelle 99 gute und positive Bemühungen zunichte machen kann. Wir werden also, von der kleinsten Gemeinde angefangen bis zu den Trägern der größten Verantwortung hinauf, zusammenstehen müssen, und wir werden uns damit im besten Sinne des Wortes an die Spitze aller setzen, die wissen, daß die Lösung des Flüchtlingsproblems am Anfang jeder sozialen Neuordnung stehen muß.

- - - - -

"Tito" auch in Finnland

K.K. Helsingfors, Ende Sept.

Die finnische Kommunistenpartei befindet sich zur Zeit in einer Krise. Der Sieg der demokratischen Parteien bei der letzten Reichstagswahl hat dazu geführt, daß die kommunistische Parteileitung sich einer heftigen Kritik ausgesetzt sah, die von Moskau dirigiert und mit der Absetzung des ehemaligen Innenministers Leino von seinem leitenden Posten in der Partei beendet wurde. Eine äußerste Linke führt nun die "Volksdemokraten" auf die "richtige" Linie, d.h. auf jene, die Moskau augenblicklich in den Kram paßt. Die Kritik gegen die bisherige Parteileitung wurde von einem Kommunisten auf einer großen Parteiversammlung in Helsingfors jüngst in die Worte gefaßt, daß keine Besserung zu erwarten sei, "ehe wir Führer von Rußland bekommen". Wichtige Mitglieder der Volksdemokraten, nämlich der finnische Gesandte in Moskau, Sundström, und der Gesandte in Paris, Helo, sind nach der Behauptung der Helsingfors-Zeitung "Ammulehti" dabei, die Partei zu verlassen, und der ehemalige "volksdemokratische" Premierminister Petkula hat beschlossen, sich ins Privatleben zurückzuziehen. "Vapen Sana", die leitende Zeitung der "Volksdemokraten", soll in der nächsten Zeit ihr Erscheinen einstellen. Während der letzten Wochen wurden der Parteivorsitzende Aaltonen und der Parteisekretär Passi zweimal nach Moskau beordert. Dort erfuhren sie,

daß die bisherige Linie Leinos und Hertta Kuusinsens ketzerisch, "titoistisch" und faschistisch sei. Um ihre Unzufriedenheit zu unterstreichen, hat die kommunistische Partei Rußland zu der vor kurzem abgehaltenen Dreißigjahrfeier der kommunistischen Partei Finnlands keinen Vertreter entsandt. Leino durfte an der Feier überhaupt nicht teilnehmen. Um nun bemühen sich Aaltonen und Pessi, zusammen mit einigen anderen neuen Größen, die Instruktionen direkt aus Moskau geholt haben, die Gunst der Moskauer Auftraggeber zurückzugewinnen.

Sie haben der sozialdemokratischen Regierung vorgeworfen, daß sie die Schützenvereine unterstütze, in der sich faschistische und andere Elemente breit machten. Die Schützenbewegung sei eine Gefahr für das Verhältnis zur Sowjetunion und eine Gefahr für die Sicherheit des Landes. Moskau hat den Ball aufgenommen und in einer Note an die finnische Regierung die Auflösung der Schützenverbände verlangt. Gleichzeitig werden in den verschiedenen Hafenstädten von Linkselementen neue Streiks der Hafen- und Transportarbeiter organisiert mit der Absicht, die Versorgung des Landes zu gefährden. In allen Fällen handelt es sich um wilde Streiks, die von den Leitungen der Gewerkschaften verurteilt werden. - Die neue Generallinie bedeutet also eine Rückkehr zu "außenparlamentarischen Methoden": die Unterhöhlung der inneren Ordnung durch das Stiften von Unruhen im Zusammenhang mit gleichzeitigem politischen Druck von außen.

Die Nervosität der finnischen Kommunisten wird erklärlich durch die zielbewusste Politik der sozialdemokratischen Regierung. Sie hat ein neues Steuerprogramm beschlossen, das den breiten Massen große Erleichterungen bringt und der kommunistischen Agitation den Boden abgräbt. Sie hat die Polizei von kommunistischen Umstürzern gesäubert. Sie wird die Staatspolizei auflösen, die ausschließlich ein Werkzeug Leinos gewesen ist. Die Volksversorgungsorgane, die die Kommunisten für ihre Agitation mißbraucht hatten, werden zu bestehen aufhören und die Leitung des finnischen Radios soll nunmehr gewählt werden. Dies wird die Handhabe geben zur Entfernung des kommunistischen Radioschefs Frau Hella Wuolijoki.

Verspäteter Wählerfang mit der Kopfquote

sp. Der geschäftsführende Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat, Herbert Kriedemann, der seinerzeit unter den von der Militärregierung zur Beratung herangezogenen Politikern die SPD vertrat, nimmt zu einem in der "Rheinischen Post", Düsseldorf am 27.9. unter der Überschrift "SPD ist verantwortlich" erschienenen Artikel wie folgt Stellung: Es dürfte hinreichend bekannt sein, daß die Währungsreform von Anfang bis Ende eine Maßnahme der Militärregierung war. Daran ändert es auch nichts, daß zu einigen Fragen deutsche Politiker um ihre Meinung gefragt werden

sind und daß an der Ausarbeitung der verschiedenen Gesetzentwürfe Deutsche Sachverständige beteiligt waren. Wenn Finanzminister Dr. Weitz, wie das in einem Artikel der "Rheinischen Post" behauptet wurde, erklärt haben sollte, daß nicht die Besatzungsmacht, sondern die SPD die Schuld habe, daß die kleinen Sparer durch Abschreibung der Kopfquote in voller Höhe von 60.-- DM ihr gesamtes Sparguthaben verloren haben, dann ist das eine glatte Lüge, für die er entweder selbst verantwortlich ist oder derjenige, der ihr unter Bruch des allseitig vereinbarten Schweigegebotes so infermiert hat. Wahr ist vielmehr, daß die Besatzungsmächte die Deutschen gefragt haben, ob sie eine möglichst kleine Kopfquote ohne Anrechnung oder einen größeren Betrag, der dann angerechnet werden müßte, für richtig halten würden. Der gemeinsame deutsche Vorschlag war eine Auszahlung einer Kopfquote von 50.-- DM ohne Anrechnung. Da dieser Vorschlag nicht akzeptiert wurde und nur die Wahl zwischen den beiden oben angegebenen Möglichkeiten bestand, hat sich die Mehrzahl der befragten Deutschen für den größeren Betrag entschieden. Nur einer von den Beteiligten brachte vor der Generalen den Standpunkt der Banken zum Ausdruck, daß eine größere Kopfquote, schon weil sie in zwei Raten ausgezahlt werden müßte, abzulehnen sei. Diese Entscheidung berücksichtigte die Tatsache, daß Millionen der am härtesten Betroffenen, vor allem aus den Kreisen der Flüchtlinge, ihre Barmittel - soweit sie überhaupt noch welche gerettet hatten, längst im Kampf gegen Hunger und Sachwerthortung aufgebraucht hatten. Diesen Menschen nach der Währungsreform einen möglichst großen Betrag gleich in die Hände zu geben, war unbedingt notwendig. Wenn die CDU heute erklärt, daß sie für einen möglichst kleinen Kopfbetrag eingetreten sei, dann wahrscheinlich deshalb, weil sie den Kreis derjenigen beschränken wollte, die auf die aufgespeicherten Waren warteten.

Der mittlere Weg

sp. Unter der Überschrift "Zwischen den Fronten" nimmt das Zentralorgan der SPD, "Neuer Vorwärts", in seiner Ausgabe vom 2. Oktober zu der jüngsten internationalen Entwicklung Stellung. Wir entnehmen dem Artikel u.a.:

"Wirgends wird die Spannung tiefer empfunden als in Deutschland. Das unheimliche Gefühl, daß auf seinem Boden - und seinem Rücken die Auseinandersetzung zwischen den Machtblöcken der Welt ausgetragen werden soll, ist in den Jahren seit den Potsdamer Abmachungen nie vom deutschen Volke gewichen. So bedenklich die Situation an sich ist, so wird sie noch bedenklicher durch die Tatsache, daß die trübsten Elemente in ihr Gelegenheiten zu gefährlichen Spekulationen sehen. Gerüchtmacher gehen mit den wildesten Geschichten hausieren, falsche Propheten bieten ihre Weis-

sagungen an, und alle, die schon in einem möglichen Verwesungsgeruch so etwas wie Morgenluft wittern, flüstern davon, daß bald wieder "angetreten" wird, - in der stillen Hoffnung, mehr die Tretenden als die Angetretenen zu sein. Es gibt Paulusse und Markgrafs nicht nur im Osten; es gibt auch im Westen Deutschlands billig entnazifizierte "Ritter", die davon träumen, im Dienste einer ausländischen Macht wieder kommandieren zu dürfen. Man sollte solchen Leuten mit schonungsloser Offenheit sagen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht wünscht, daß Deutschlands Name zum zweiten Male von ihnen in Verrat gebracht wird. Die heute in Deutschland - von "links" oder von "rechts" - die lautesten nationalistischen Phrasen schmettern, wollen von der Entscheidung des Volkes am wenigsten wissen. Die einen beweisen es durch ihr Terror-Regime im Osten, die anderen durch ihre undemokratische Interessenpolitik im Westen. Wer sich von ihren Phrasen nicht betören läßt, kann klar erkennen, daß es nur eine wirklich nationale Politik gibt: sie **manifestiert sich in der opferreichen Selbstbehauptung der Berliner, dem leidvollen, aber zähen Widerstand der Nichtgleichgeschalteten in der Ostzone und dem entschlossenen Versuch zum Aufbau einer neuen Demokratie und Sozialordnung in den Westzonen.** Daß die Sozialdemokratie die führende und richtungweisende Rolle in diesem Freiheitskampf vom Anfang bis zum heutigen Tage gespielt hat, ist eine so offenkundige Tatsache, daß sie durch den Versuch anderer, ihr durch nachträglich gezimmerete Geschichtslegenden diese Rolle streitig zu machen, nur betont werden kann.

Verleumdern mögen behaupten, daß es bei diesem Kampfe waffenloser, aber zu Opfern bereiter und zur Verteidigung ihrer Würde und Rechte entschlossener Volksmassen um den Versuch geht, Söldner dieser oder jener Großmacht zu werden. Es geht im Gegenteil um die Behauptung der Unabhängigkeit, - um jene Selbstbehauptung, die auch zwischen den Fronten möglich ist und die - wie das Beispiel der Berliner und die internationale Anerkennung der deutschen Sozialdemokratie beweist - uns zu echten Verbündeten aller Freunde der Freiheit in der Welt machen kann."

Palastrevolution gegen Erhard

-dt. Früher als erwartet ist die CDU zwischen die Wahlsteine der Wählerschaft und der Wirtschaftspolitik Erhards geraten. Als Direktor Erhard am Donnerstag im Wirtschaftsrat seine Anträge auf Preiserhöhungen einbrachte, klang ihm noch der Beifall von Recklinghausen in den Ohren, aber er hatte, weil er von berufswegen gern in Theorien schwelgt und darüber der härteren Praxis vergißt, übersehen, daß inzwischen Gemeindevahlen ausgeschieden worden sind und daß die Wählermassen im Oktober mit ihrem Wahlzettel nicht nur den Bürgermeister

von Hintertupfing wählen, sondern indirekt auch ein Votum für oder wider die Wirtschaftspolitik der CDU abgeben. Die Mehrzahl der CDU-Abgeordneten im Frankfurter Wirtschaftsrat mag das wenig rühren: sie sind nicht direkt gewählt, und man kann ihnen schon auf Grund ihres Einkommens und Einkommens schwerlich weder ein besonderes Gefühl für die Stimmung im Volke zubilligen, noch ein Mitgefühl für die Massen, deren Lebenshaltungskosten dank ihrer Politik ins Unerträgliche gestiegen sind. Anders die wenigen Abgeordneten, die im Frankfurter Wirtschaftsrat das soziale Außengesicht der CDU halten. Ihnen ist ein Licht aufgegangen über die Wechselwirkung Erhard'scher Wirtschaftspolitik und Wahlstrategie; sie haben nun Angst vor ihrer eigenen Courage in Rocklinghausen bekommen und haben die Preiserhöhungen für Strom, Gas, Stahl und Eisen abgelehnt.

Die Palastrevolution innerhalb der CDU-Fraktion ist mehr als eine einmalige taktische Stellungnahme zu einer Regierungsvorlage. Sie ist die Erkenntnis, dass man drei Monate lang, geblendet von den Thesen eines wirklichkeitsfernen Theoretikers einen Weg gegangen ist, der für Millionen Menschen unnötige Verschärfung der durch einen verlorenen Krieg ohnedies schwierigen Situation bedeutet hat. Daran ändert es nicht, dass die Preiserhöhungen für Fleisch und Brot angenommen sind, denn dieser Vorgang fasst genau so wie die Ablehnung der anderen Vorlagen auf wahltaktischen Berechnungen. Dass man sich dabei in Widersprüche verwickelt, ist unabweisbar, denn man kann nicht ungestraft eine rein kapitalistische Wirtschaftspolitik fördern und gleichzeitig sich sozial tarnen. Man kann diese Fassade eine Zeitlang aufrechterhalten, eines Tages aber bricht sie zusammen. Dieser Tag ist jetzt gekommen.

Der Cäsar Erhard wird am Donnerstagabend somanchen Brutus in der CDU-Fraktion gefunden haben, er wird aber vergeblich einen Ansatzpunkt suchen, um den Sozialdemokraten eine ähnliche Inkonsequenz vorwerfen zu können. Das "Nein", das die SPD-Fraktion den Preiserhöhungen entgegengeworfen hat, ist das gleiche "Nein", das sie im Zeitpunkt der Währungsreform den "Wirtschaftspolitischen Leitsätzen" Erhards entgegenstammte; damals überstimmt, heute um die Stimmen der "Brutusse" vernebelt, mit Erfolg. Die Ablehnung der SPD richtet sich nicht allein gegen die augenblicklich behandelten Preise, sie richtet sich gegen das ganze System Erhard, das aus einer falschen Beurteilung der westdeutschen Situation ebenso falsche Schlüsse zieht und - ob mit Absicht oder aus Verlegenheit, sei dahingestellt - die wirtschaftsbelebenden Impulse der Währungsreform einer verschwindenden Minderheit zu Lasten der Mehrheit zugutekommen lässt. Unter normalen parlamentarischen Verhältnissen müsste Prof. Erhard zurücktreten; wenn er es jetzt nicht tut, wird er eines Tages von einer größeren Entwicklung dazu gezwungen werden. Es ist aber sehr leicht möglich, dass es dann für die CDU bereits zu spät ist. An dieser Entwicklung ändert es auch nichts, wenn Erhard auf der Suche nach neuen Bundesgenossen der SPD bescheinigt, dass sie nicht Anhänger der Zwangswirtschaft sei und dass man zum Wirtschaftsprogramm des Düsseldorfer Parteitages im wesentlichen ja sagen könne. Dieses Rückzuggefecht bestätigt nur den Bankrott der Wirtschaftspolitik, die er und die CDU bisher betrieben haben.
(m/2/130/2/hs)

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt